

KOLUMBIEN

Gewerkschaftsmonitor

Januar 2024

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Aufgrund der seit Jahrzehnten andauernden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Guerillagruppen, Militärs, Paramilitärs und Akteuren der organisierten Kriminalität ist Kolumbien für Gewerkschafter_innen eines der gefährlichsten Länder der Welt. Entwicklungen in der jüngeren Geschichte des Landes geben jedoch Anlass zur Hoffnung.

Durch das Ende des bewaffneten Konflikts mit der ehemaligen FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia), der ältesten Guerillaorganisation Lateinamerikas, wurde der Weg frei, um soziale Themen offener zu diskutieren, ohne dadurch Diskriminierung oder Verfolgung zu erfahren. In den beiden Regierungsperioden von Präsident Juan Manuel Santos (2010–2018) erfolgte eine Neuorientierung der Regierungspolitik gegenüber Gewerkschaften, zu deren Zielen die Verbesserung des Schutzes von Gewerkschafter_innen, die effektive Verfolgung der Verantwortlichen von Gewalt gegen diese und die Respektierung internationaler Standards für Gewerkschafts- und Arbeitnehmer_innenrechte gehören. Gewerkschaftsfreundliche Arbeitsminister_innen, wie der ehemalige Präsident der CUT (Central Unitaria de Trabajadores de Colombia) und frühere Bürgermeister von Bogotá, Luis Alberto »Lucho« Garzón, sowie Clara López, setzten sich aktiv für den Dialog zwischen Gewerkschaften und Regierung ein.

Im April 2016 erreichten die Gewerkschaften mit dem Dekret 624 der Regierung eine Anerkennung der Gewerkschaftsbewegung als Opfer des bewaffneten Konflikts. Dies sendet nicht nur ein wichtiges Signal, sondern impliziert auch noch näher zu definierende Schritte kollektiver Wiedergutmachung gegenüber den Gewerkschaften. In den darauffolgenden Jahren haben die Gewerkschaften mit ihrer Beteiligung an der Wahrheitskommission aktiv an der Vergangenheitsbewältigung teilgenommen. Die Zeit der Annäherung an die Regierung endete allerdings 2017, als

mit Griselda Janeth Restrepo Gallego (Partido Liberal) eine Arbeitsministerin antrat, die eine kritische Haltung gegenüber den Gewerkschaften einnahm.

Unter der konservativen Nachfolgerregierung von Präsident Iván Duque (2018–2022) kam es schließlich 2019 zu massiven sozialen Protesten, die seither das Land prägen und an denen die Gewerkschaften mit landesweiten Streiks (Paro Nacional) wesentlich beteiligt waren. Das hieraus entstandene Streikkomitee (Comité de Paro) war auch während der Corona-Pandemie ein wichtiger politischer Akteur, obwohl die Regierung den Dialog mit ihm 2020 beendet hatte. Arbeitsmarktmaßnahmen wurden in Pandemiezeiten viel zu spät und auch nur unzureichend ergriffen. Zudem zielten sie, wenn überhaupt, nur auf formal Beschäftigte ab. Sektoren mit hoher Vulnerabilität wie Hausangestellte, deren Sektor Beschäftigungseinbußen von 44 Prozent überstehen musste, waren von den Regierungsmaßnahmen ausgeschlossen. Das Streikkomitee erarbeitete deshalb Gesetzesvorschläge und präsentierte sie dem Kongress; diese wurden dort jedoch nicht rechtzeitig vor Ablauf der Legislaturperiode bearbeitet.

Im Jahr 2021 kam es überall im Land erneut zu Massenmobilisierungen und zivilem Widerstand, diesmal gegen die Ankündigung einer Steuerreform der Regierung. An diesen massiven sozialen Aufständen nahmen neben den bekannten Organisationen der Zivilgesellschaft auch überwiegend unorganisierte Teile der Gesellschaft und viele junge Menschen teil. Die monatelang andauernden Proteste wurden jedoch von der Regierung mit extremer Militär- und Polizeigewalt unterdrückt: 106 Fälle von sexueller Gewalt, 1 929 Verletzte (darunter viele irreparable Augenverletzungen), 343 Aggressionen gegen Menschenrechtsverteidiger_innen, 3 546 willkürliche und illegale Festnahmen (diese Zahl steigt weiterhin) und 89 Tote waren die Folge. Gewerkschaften, die Katholische Kirche, die Vereinten Nationen sowie zahlreiche damalige Oppositionspolitiker_innen versuchten in dem Konflikt zwischen Regierung und Bevölkerung zu vermitteln, doch die Regierung Duque zeigte sich vollkommen autoritär und jeglichen Zugeständnissen der Bevölkerung gegenüber abgeneigt.

Mitunter auch als Ergebnis der Proteste von 2019 und 2021 konnten Gustavo Petro und sein Bündnis Pacto Histórico die Wahlen 2022 für sich entscheiden. Damit wird Kolumbien erstmals von einem linken Präsidenten regiert. Vom Streikkomitee ausgearbeitete arbeitsmarktpolitische Vorschläge spielten im Wahlkampf eine wesentliche Rolle und wurden vom Pacto Histórico ebenso wie der Coalición Centro Esperanza aufgegriffen. Beide progressiven Wahlbündnisse erfuhr die Unterstützung der Gewerkschaften und mit Gloria Inés Ramírez steht in Petros Regierungskoalition erstmals ein Mitglied der Kommunistischen Partei Kolumbiens an der Spitze des Arbeitsministeriums.

Rund ein Jahr nach der Amtsübernahme stehen die meisten Gewerkschaften weiterhin an der Seite der Regierung und werben für die anstehenden Reformvorhaben, insbesondere im Arbeits- und Gesundheitsbereich sowie bezüglich der Neuordnung des Rentensystems. Mit der Einigung über die Anhebung des Mindestlohns zu Beginn des Jahres 2023 wurde auch dem »Sozialen Dialog« eine neue Bedeutung beigemessen: Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes wurde der Kompromiss zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und Regierung einvernehmlich verkündet.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

In den vergangenen Jahren zeigte Kolumbien eine moderate wirtschaftliche Entwicklung und einen stetigen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Eine Ausnahme stellt lediglich das Jahr 2020 dar, in welchem ein durch die Corona-Pandemie bedingter und temporärer Einbruch zu verzeichnen war. Im Jahr 2021 belief sich das BIP auf etwa 330 Mrd. US-Dollar.

Der größte Teil der Wirtschaftsleistung Kolumbiens wird durch den Dienstleistungssektor (57,96 Prozent des BIP im Jahr 2021) erbracht, gefolgt von der Industrie (25,01 %) und der Landwirtschaft (7,43 %). Die wichtigsten Exportindustrien Kolumbiens sind Rohöl und Treibstoffe (26,6 %), Kohle und Kohleprodukte (15,12 %), Kaffee (7,75 %), Gold und Schmuck (6,14 %), Blumen (4,07 %) und Bananen (2,51 %). Der Export macht mit ca. 16 Prozent (2021) einen erheblichen Anteil am BIP des Landes aus und dient als wichtiger Devisenbringer.

Im Bereich der Beschäftigung konnte Kolumbien in den letzten Jahren Fortschritte verzeichnen, etwa durch eine rückläufige Arbeitslosenquote. Nach einem temporären Höchstwert von 16,67 Prozent im Jahr 2020 fiel die Arbeitslosenquote 2022 auf 11,22 Prozent. Zwar sind auch die Löhne in den letzten Jahren moderat gestiegen, die hohe Inflationsrate, die 2022 einen Höhepunkt von 10,18 Prozent erreichte, hat die ohnehin stark ausgeprägten sozialen Ungleichheiten jedoch weiter verschärft.

Vor allem die Entwicklung prekärer Arbeitsverhältnisse ist ein Problem in Kolumbien. Über 60 Prozent der Arbeitnehmer_innen arbeiten in informellen Beschäftigungsverhältnissen (OECD 2022), die oft schlecht bezahlt und unsicher

sind. Zudem gibt es eine hohe Anzahl von Leiharbeiter_innen und befristet Beschäftigten. Diese Prekarität beeinträchtigt die strukturelle Organisations- und Verhandlungsmacht der Beschäftigten, insbesondere der Gewerkschaften.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Bemerkenswert an den Protestbewegungen ab 2019 ist, dass es die Gewerkschaftsbewegung war, welche Anfang 2019 die Initiative zur Protestmobilisierung ergriff und zum landesweiten Streik am 21. November 2019 aufrief. Mit ihren Mobilisierungen gelang es der Streikleitung erstmals, auch die städtische Mittelklasse zu mobilisieren, die sich normalerweise indifferent bzw. neutral gezeigt hatte. Parallel dazu wurde ein Streikkomitee gegründet, in dem die Gewerkschaften eine Führungsposition innehaben.

2020 wurden diese Streiks durch Gesetze und Auflagen der Regierung eingedämmt, unter anderem die pandemiebedingte monatelange, absolute Ausgangssperre – ganz verschwanden sie aber nie. Inmitten dieses komplexen Jahres mit anhaltender sozialer Isolation fand der bis dato längste Streik in der kolumbianischen Geschichte statt: Die Bergbau-gewerkschaft Sintracarbón streikte insgesamt 91 Tage mit breiter Unterstützung der Kohleminen-Gemeinde Guajira. Vom 31. August bis zum 1. Dezember 2020 gelang es der Gewerkschaft, ihre wichtigsten Arbeits- und Lohnforderungen aufrechtzuerhalten. Bei zentralen Punkten konnte jedoch keine Einigung erzielt werden, weshalb der Dialog mit der Mienenleitung fortgesetzt wird.

Dennoch konnten durch den nationalen Streik zunächst einige Vereinbarungen mit der Regierung zu Arbeits- und Gewerkschaftsfragen erzielt werden. Das Streikkomitee hatte der Regierung 2020 eine Dringlichkeitserklärung mit unter anderem folgenden Punkten vorgelegt: Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem (Sektor mit dem meisten Outsourcing); Einführung eines Pandemie-Grundeinkommens für dreißig Millionen Menschen, die in Armut leben; Moratorien für die Zahlung von Hypotheken und Verbraucherkrediten; Unterstützung der nationalen Produktion (landwirtschaftlich, industriell, handwerklich, bäuerlich); Schutz der Ernährungssicherheit (d. h. Streichung von Agrarkrediten sowie Subventionen für Landwirtschaftsbeschäftigte); keine Verschlechterung der Bedingungen für Arbeiter_innen und Rentner_innen; spezifische Maßnahmen zur Gewährleistung der vollen Ausübung der Rechte von Frauen; verstärkte Maßnahmen zur Prävention geschlechtsspezifischer Gewalt; Aufhebung der Notstandsdekrete, welche die Bedingungen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens verschlechtert haben; sowie keine Privatisierung des Pipeline-Transportnetzes von Ecopetrol.

Darüber hinaus haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren internationale Verhandlungen für ihre Anliegen genutzt. Im Rahmen des Freihandelsabkommens mit den USA und der EU bewirkten die Gewerkschaften einige zusätzliche Klauseln. Zu den Verbesserungen gehören eine Erweiterung des kolumbianischen Strafrechts zur effektiveren Ahndung

der Beeinträchtigung gewerkschaftlicher Grundrechte, die Reform des Arbeitsrechts bezüglich des Missbrauchs von Kooperativen bei Outsourcing und temporären Arbeitsverhältnissen, die Einrichtung einer ständigen Vertretung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Kolumbien sowie die Ausweitung der Programme zum Schutz bedrohter Personen.

Bei der Umsetzung dieser Klauseln bestehen jedoch Defizite, weshalb die kanadische und die US-Regierung eine konsequentere Umsetzung der entsprechenden Vorschriften anmahnen. Des Weiteren versuchten beide Regierungen, mit Empfehlungen und Maßnahmenplänen zu Themen wie Outsourcing, Arbeitsaufsicht und Abschaffung von Kollektivverträgen Druck auf die kolumbianische Regierung auszuüben.

Die Gewerkschaften setzten diese Linie erfolgreich in der Diskussion zum OECD-Beitritt Kolumbiens fort. Die Gewerkschaftsdachverbände CUT, CTC und CGT vertraten die einheitliche Meinung, dass ein solcher Beitritt erst sinnvoll sei, wenn die Regierung die geforderten Mindestvorschriften im Arbeitnehmer_innen- und Gewerkschaftsschutz erfüllt habe. Im Mai 2018 trat Kolumbien zwar schließlich der OECD bei, allerdings bestand die OECD erstmalig auf der Einführung eines vom kolumbianischen Staat zu tragenden Monitoring-Systems, um die erforderlichen Reformen durchzusetzen. Darunter fallen vor allem eine Verringerung der Beschäftigten im informellen Sektor, die Zunahme langfristiger Verträge mit besseren Konditionen, eine Anpassung des Mindestlohns (derzeit 1 300 606 kolumbianische Pesos, ca. 300 Euro) sowie Maßnahmen zum Schutz von Gewerkschafter_innen.

GEWERKSCHAFTEN IN KOLUMBIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die Geschichte der Gewerkschaften in Kolumbien lässt sich grob in vier verschiedene Phasen aufteilen. Die frühe Geschichte (1920er–1946) ist durch das Aufkommen der ersten Gewerkschaften im frühen 20. Jahrhundert gekennzeichnet. Sie entstanden als Antwort auf die prekären Arbeitsbedingungen in Industrien, die von ausländischen Unternehmen dominiert waren. Signifikante Ereignisse wie das *Masacre de las bananeras* im Jahr 1928 brachten schließlich die Liberalen an die Macht, die eine gewerkschaftsfreundlichere Politik verfolgten.

Die zweite Phase, die Ära der *Violencia* und von Gustavo Rojas Pinilla (1946–1958), ist von politischen Umbrüchen geprägt, die eine Polarisierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zur Folge hatten und in Ausschlüssen sowie Spaltungen mündeten. In dieser Zeit scheiterten auch die Bemühungen des Militärregimes, eine eigene gewerkschaftliche Basis zu etablieren.

Die dritte Phase, die Zeit der *Frente Nacional* und der Moderne (1958–1990), stellt eine Periode des Aufschwungs der Gewerkschaftsbewegung dar. Mit einer Verdoppelung der Mit-

gliederzahlen und der Gründung mehrerer neuer Gewerkschaftsverbände erlebte die Gewerkschaftsbewegung in dieser Zeit ihre Blüte. Bis etwa 1990 gehörten die Gewerkschaften in Kolumbien zu den stärksten in Lateinamerika.

Die vierte Phase (1990–2022) wird durch neoliberale Reformen und zunehmende Gewalt charakterisiert. Die 1990er-Jahre brachten einen entscheidenden Wendepunkt, bei dem neoliberale Reformen und Privatisierungen die Stärke und den Einfluss der Gewerkschaften erheblich minderten. Gleichzeitig erhöhte sich die Gewalt gegen Gewerkschaften durch paramilitärische Gruppen und das Militär enorm.

Ob eine weitere Phase hinzukommt, in der Entspannung und sozialer Dialog zwischen den größten Dachverbänden und der Regierung das Leitmotiv darstellen, muss sich erst noch zeigen. Zum Ende des Jahres 2023 deutet einiges darauf hin, dass die Gewerkschaften die Petro-Regierung weiterhin unterstützen. Dies gilt auch nach den Kommunalwahlen vom Oktober 2023, bei denen eine Rückkehr der konservativen Kräfte in vielen Städten stattfand. Unklar ist derzeit, ob Gustavo Petro bei den Präsidentschaftswahlen 2026 eine progressive Nachfolger_in haben wird, der/die seinen eingeschlagenen Weg fortsetzt.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

In Kolumbien existieren vier Arten von gewerkschaftlicher Organisation: Betriebsgewerkschaften, Branchengewerkschaften, Berufsgruppengewerkschaften und gemischte Gewerkschaften. Berufsgruppengewerkschaften machen etwa die Hälfte aller Gewerkschaften aus, unter denen Betriebsgewerkschaften mit weniger als 200 Mitgliedern die Mehrheit bilden.

Diese unterschiedlichen Organisationsformen ermöglichen es den Gewerkschaften, sich auf verschiedene Branchen und Sektoren auszurichten und die Interessen ihrer Mitglieder betriebsnah zu vertreten, führen jedoch auch zu einer großen Fragmentierung und bergen Konfliktpotenzial. Die Repräsentativität der Gewerkschaften variiert je nach Branche.

Geschätzt verteilen sich die rund eine Million Gewerkschaftsmitglieder auf etwa 5 500 Einzelgewerkschaften und drei Dachverbände: Central Unitaria de Trabajadores (CUT), Confederación de Trabajadores de Colombia (CTC) und Confederación General de Trabajadores (CGT).

Darüber hinaus existieren aktuell vier weitere Gewerkschaftszentralen (CTU, CNT, CSPC, UTC). Ein weiterer Teil der Gewerkschafter_innen ist in von den Dachverbänden unabhängigen Gewerkschaften organisiert, deren genaue Anzahl jedoch schwierig zu bestimmen ist.

Diese Gewerkschaftsverbände verfügen über eine gemeinsame Koordinationsstruktur, das sogenannte Comando Nacional Unitario. Seit den sozialen Protesten ab 2019 wurde diese allerdings zunehmend vom Streikkomitee abgelöst. Das Streikkomitee hat in den letzten Jahren an Bedeutung

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Kolumbien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Central Unitaria de Trabajadores, CUT (Einheitliche Arbeiter_innenzentrale)	Präsident: Fabio Arias Giraldo Generalsekretär: Over Dorado Cardona	568044 (2017, geschätzt), davon 52,71 % Frauen (neuere Zahlen liegen nicht vor)	Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB), Gewerkschaftsbund der Amerikas (CSA)
Confederación de Trabajadores Colombianos, CTC (Bündnis Kolumbianischer Arbeiter_innen)	Präsident: Jhon Jairo Caicedo Generalsekretärin: Diana Gomez	ca. 45 000 (2015) / ca. 157 671 (2017), davon 6,45 % Frauen	IGB, CSA
Confederación General de Trabajadores, CGT (Allgemeines Arbeiter_innenbündnis)	Präsident: Percy Oyola Paloma Generalsekretärin: Nidia Tarazona	ca. 543 251 (2017, eigene Angaben), davon 29,79 % Frauen	Alternativa Democrática Sindical de las Américas (ADS) Im Oktober 2016 kündigte die CGT ihre Mitgliedschaft im CSA und damit auch im IGB auf.

gewonnen, da es als Plattform für verschiedene soziale Bewegungen, politische Gruppierungen und Gewerkschaften dient, um gemeinsam für deren Forderungen einzutreten und deren Kräfte zu bündeln.

Die verschiedenen Gewerkschaften und ihre politischen Ausrichtungen repräsentieren ein breites Spektrum von Ideologien und Strategien, die sowohl im gesellschaftlichen Diskurs als auch in der praktischen Zusammenarbeit und Konfrontation mit der Regierung und anderen politischen Akteuren zum Ausdruck kommen. Die kolumbianischen Gewerkschaften sind in der Regel parteipolitisch geprägt und verankert, wobei politische Verbindungen oder Rivalitäten auch zwischen den verschiedenen Gewerkschaften und politischen Gruppierungen bestehen. Sie spielen eine wichtige Rolle in der politischen Landschaft des Landes und beeinflussen die Wahlen und politischen Debatten.

Die CUT ist intern gespalten in eine »demokratische« Strömung, die der Alianza Verde (konservativ-liberale »Grüne Partei«, Umweltschutzpartei) und dem Polo Democrático nahesteht, und eine »klassenkämpferische« Strömung, die von der Bewegung MOIR (marxistisch-leninistische »Unabhängige und revolutionäre Arbeiter_innenbewegung«) sowie von Senator Jorge Robledo getragen wird. Uneinigkeiten bestehen neben parteipolitischen und personellen Konflikten auch hinsichtlich unterschiedlicher strategischer Vorstellungen, etwa der Zusammenarbeit mit Regierungsstellen. Seit den letzten Wahlen ist die demokratische Strömung wieder mehrheitlich im Vorstand vertreten.

In der CTC sind Linksliberale und Sozialdemokrat_innen in der Mehrheit, während radikale Linkssozialist_innen und Kommunist_innen in der Minderheit sind. Es besteht eine historische Nähe zur Liberalen Partei Kolumbiens sowie ge-

genwärtig auch zu Polo Democrático Alternativo, Marcha Patriótica und Unión Patriótica.

Die CGT ist mehrheitlich christlich-demokratisch orientiert, beherbergt aber auch eine liberale Minderheit und agiert im Allgemeinen regierungsnah. Sie tritt häufig für soziale Gerechtigkeit und Arbeitnehmer_innenrechte ein, versucht aber gleichzeitig, einen konstruktiven Dialog mit der Regierung aufrechtzuerhalten.

Zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2022 unterstützte die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung verschiedene Kandidat_innen im progressiven Spektrum, vor allem die Bündnisse Pacto Histórico und Coalición Centro Esperanza. Zu den Unterstützern von Gustavo Petro und dem Pacto Histórico zählen vor allem Gewerkschaften im Banken-, Bergbau- und Energiesektor sowie im öffentlichen Sektor.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Kolumbien besitzt ein etabliertes Rechtssystem, das die Gründung und Funktion von Gewerkschaften regelt. Basierend auf der kolumbianischen Verfassung und der nationalen Arbeitsgesetzgebung wird eine Gewerkschaft anerkannt, wenn ihr mindestens 25 Arbeitnehmer_innen angehören. Diese Gewerkschaften können anschließend einem Dachverband beitreten. Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innen ist in Kolumbien dennoch relativ gering und durch die Vielzahl an Einzelgewerkschaften ist die Gewerkschaftslandschaft stark zersplittert.

Die Rechte von Gewerkschaften und Arbeitnehmer_innen werden in Kolumbien jedoch sowohl de jure als auch de facto stark eingeschränkt. Obwohl die Gründung von Gewerk-

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in Kolumbien

Branchenverband/ Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Federación Colombiana de Educadores, FECODE (Kolumbianischer Pädagog_innenbund)	CUT	Präsident: Domingo José Ayala Espitia Generalsekretär: Luis Edgardo Salazar Bolaños (seit 2023)	ca. 300000	Bildungsinternationale (EI)
Sindicato de Trabajadores de la Industria del Carbón, SINTRACARBÓN (Gewerkschaft der Arbeiter_innen der Kohleindustrie)	CUT	Präsident: Heli Arregoces	ca. 13000	IndustriALL
Sindicato de Trabajadores del Sector Eléctrico, SINTRAELECOL (Gewerkschaft der Arbeiter_innen des Elektrosektors)	CUT	Präsident: Heriberto Avendaño	ca. 26000	IndustriALL
Unión Sindical Obrera, USO (Gewerkschaftlicher Arbeiter_innenbund)	CUT	Präsident: César Loza	ca. 40000	IndustriALL

schaften gesetzlich zulässig ist, gibt es zahlreiche nationale und internationale Berichte über erhebliche Bedrohungen und Gewalt gegen Gewerkschafter_innen, insbesondere seit der Ausbreitung des Paramilitarismus in den 1980er-Jahren.

Laut Angaben der nationalen Gewerkschaftsschule (Escuela Nacional Sindical, ENS) wurden von 1973 bis Dezember 2020 insgesamt 15 285 Fälle von Mord, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen gegen Gewerkschaften in Kolumbien registriert. Von der Gesamtzahl der Gewalttaten gegen Gewerkschaften werden 44 Prozent paramilitärischen Gruppen zugeschrieben, während 52 Prozent der Verbrechen nicht zugeordnet werden können.

Zwischen 1971 und 2018 wurden in Kolumbien 3280 Gewerkschaftsführer_innen ermordet. Im Jahr 2019 wurden 14 und zwischen März 2020 und April 2021 22 Gewerkschafter_innen ermordet (Stand: Mai 2023). Dadurch ist Kolumbien für Gewerkschafter_innen weiterhin eines der gefährlichsten Länder der Welt. Zwischen 2000 und 2010 entfielen 63,12 Prozent der weltweit ermordeten Gewerkschafter_innen auf Kolumbien – in 87 Prozent dieser Fälle wurde niemand rechtlich belangt.

Zwar gab es bereits unter Präsident Juan Manuel Santos zumindest theoretisch immer wieder Bemühungen, den Schutz von Gewerkschafter_innen zu verbessern, beispielsweise durch Zugeständnisse an die ILO, Arbeitnehmer_innen und ihre Vertreter_innen besser zu schützen sowie verschiedene ILO-Normen umzusetzen. Unter der Präsidentschaft Iván Duques waren diese Bemühungen jedoch nicht erkennbar. Stattdessen wurden unter dem Vorwand der wirtschaftlichen Stabilisierung zusätzliche Einschnitte in die Rechte von Arbeitnehmer_innen vorgenommen, welche von den Gewerkschaften stark kritisiert wurden. Für die aktuelle Regierung von Gustavo Petro ist es weiterhin schwierig, landesweit sowohl den Schutz von Gewerkschafter_innen vor anhaltender Gewalt und Einschüchterung zu garantieren als auch Arbeits- und Gewerkschaftsrechte durchzusetzen.

In der Praxis besitzen Gewerkschaften nur begrenzten Einfluss auf Tarifverhandlungen, während das Streikrecht oft ignoriert oder eingeschränkt wird. Dies hat auch mit der Stigmatisierung gewerkschaftlicher Tätigkeiten zu tun. In der Vergangenheit wurde die Organisation und Durchsetzung von Arbeitnehmer_innenrechten oft unterdrückt, nur sehr langsam setzt hier eine Veränderung ein.

Die Arbeitsbedingungen in Kolumbien führen zu erheblichen Menschenrechtsrisiken. Nationale und internationale Berichte bezeugen Kinderarbeit insbesondere in der Landwirtschaft und im Bergbau, wo schätzungsweise 45,9 Prozent der Kinderarbeiter_innen tätig sind. Obwohl die Gesetzgebung ein Mindestalter und bestimmte Schutzmaßnahmen vorsieht, sind noch immer rund 506000 Kinder in Kinderarbeit tätig. Die Zwangsarbeit ist ein weiteres ernstes Problem, das vor allem Migrant_innen aus Venezuela betrifft und in verschiedenen Sektoren wie Hausarbeit, Baugewerbe und Landwirtschaft auftritt. Auch die Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Ethnie, sexueller Orientierung und Herkunft bleibt ein ungelöstes Problem, verbunden mit einer erheblichen Lohnlücke zwischen Männern und Frauen.

Kolumbien hat gegenwärtig 61 ILO-Konventionen ratifiziert, darunter wichtige Kernarbeitsnormen wie die Konventionen 87 und 98 zur Vereinigungsfreiheit und zum Recht auf Kollektivverhandlungen. Gleichzeitig wurden wichtige Konventionen wie die 155 und 187 zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz nicht ratifiziert. Zwar existieren gesetzliche Bestimmungen zu Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, doch fehlt es an konkreten Daten über die effektive Umsetzung dieser Bestimmungen. Während die Regierung Santos den Dialog zwischen Regierung, Unternehmer_innen und Gewerkschaftsverbänden zu wirtschaftspolitischen, arbeits- und sozialrechtlichen Themen verstärkte, wie es die ILO 2011 gefordert hatte, ging die Nachfolgeregierung wieder auf deutliche Distanz zu den Arbeitnehmer_innenvertretungen. Die Regierung Petro gibt sich zwar gewerkschaftsnah, wie tragfähig und ausbaufähig das Verhältnis ist, werden jedoch die ausstehenden politischen Entscheidungen zeigen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Trotz einer Mitgliederstruktur, die von männlichen Arbeitnehmern dominiert wird, haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren Fortschritte bei der Repräsentation von Frauen gemacht. Die Industriegewerkschaften weisen mit weniger als 30 Prozent allerdings immer noch den niedrigsten Anteil an weiblichen Mitgliedern auf. Dies ist auf Geschlechterungleichheit am Arbeitsmarkt und die patriarchale Kultur der Gewerkschaften zurückzuführen. Unter den Gewerkschaftsdachverbänden hat die CUT die höchste Frauenquote und die meisten Frauen im Vorstand, was eine demokratischere und zugänglichere Struktur für Frauen fördert.

Die Interessen von prekär oder informell Beschäftigten, Frauen und jungen Beschäftigten werden durch verschiedene Initiativen und Programme vertreten. So haben Gewerkschaftsdachverbände erfolgreich eine stärkere Beteiligung von Frauen in Streikkomitees und Tarifverhandlungen des öffentlichen Sektors erreicht. Darüber hinaus werden Themen zur Schaffung von Geschlechtergerechtigkeit – wie Mutterschafts- und Pflegethemen sowie Prävention vor sexueller Gewalt und Belästigung – zunehmend in Tarifverhandlungen berücksichtigt. Die CUT hat zudem eine Höchstdauer von zwei Amtsperioden für das Exekutivkomitee eingeführt, um einen kontinuierlichen Generationenwechsel zu ermöglichen.

In ihren Kernbereichen wie Lohn- und Tarifverhandlungen sowie der Mitgestaltung von Arbeitsbedingungen sind die Gewerkschaften unterschiedlich erfolgreich. Die Tarifabdeckung und -bindung variiert je nach Sektor und Region, während die Tariftreue und Befolgung von Tarifverträgen ständige Herausforderungen darstellen. Tarifverhandlungen und soziale Dialoge finden in Einzelfällen auf verschiedenen Ebenen und zwischen verschiedenen Akteuren statt, beispielsweise zwischen Arbeitgeberverbänden, Arbeitnehmer_innen und Gewerkschaften.

Die kolumbianische Gesetzgebung stellt eine weitere Herausforderung für Gewerkschaften dar, da sie weiterhin die Auflagen der ILO und der OECD zur Förderung des sozialen Dialogs missachtet. Tarifverhandlungen werden nur in 0,36 Prozent der Betriebe geführt, von denen wiederum nur 16,2 Prozent der formell Beschäftigten profitieren.

Die prekäre Arbeitssituation der Landbevölkerung, die überwiegend in extremer Armut lebt, ist ebenfalls problematisch. Die Durchschnittslöhne liegen bei nur 72,6 Prozent des nationalen Mindestlohns, was teilweise auf die hohe Rate an Kinderarbeit (11,8%) zurückzuführen ist. Nur 2,6 Prozent der landwirtschaftlichen Arbeiter_innen sind Mitglied einer Gewerkschaft.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Organisationsmacht der kolumbianischen Gewerkschaften hat sich im Laufe der Zeit erheblich verändert. Nach einem Tiefststand zwischen vier und fünf Prozent im Jahr

2019 soll sich der Organisationsgrad infolge der Corona-Pandemie erhöht haben und liegt nun – nach Angaben der Gewerkschaften – bei geschätzten 8,89 Prozent der formal Beschäftigten und bei 5,43 Prozent aller Beschäftigten. Alle zugänglichen Zahlen sind jedoch mit Vorsicht und Skepsis zu betrachten, gesicherte und überprüfbare Angaben liegen nicht vor.

Der Zuwachs an Mitgliedern ist auf die Verschlechterung der sozialen Lage während der Pandemie zurückzuführen, was viele Arbeitnehmer_innen zur Gewerkschaftsmitgliedschaft veranlasste. Die Bestrebungen, eine Branchengewerkschaft zu gründen, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie, stellen eine wichtige strategische Neuausrichtung dar, obwohl diese Entwicklung durch verschiedene Anreize zur Erhaltung von Betriebsgewerkschaften, zum Beispiel durch spezielle Vergünstigungen in Bezug auf Arbeitsbedingungen, Löhne oder Zusatzleistungen, herausgefordert wird.

Themen wie »Just Transition«, grüne Jobs, Veränderungen in der Demografie Kolumbiens, Geschlechterungleichheit und Digitalisierung haben auf der gewerkschaftspolitischen Agenda an Bedeutung gewonnen. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklungen beschleunigt, wie unter anderem die Gründung der Gewerkschaft der digitalen Plattformarbeiter_innen (UNIDAPP) zeigt, die bereits mehr als 1000 Mitglieder hat, von denen mehr als 50 Prozent einen venezolanischen Migrationshintergrund haben.

Die Einzelgewerkschaften besitzen kaum politischen Einfluss. Eine Ausnahme bildet hier die größte Einzelgewerkschaft FE-CODE, welche die Lehrer_innen organisiert. Einige ihrer Führungspersonlichkeiten bekleideten bereits politische Ämter und sind beispielsweise als Delegierte des kolumbianischen Kongresses gewählt worden. Insgesamt ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft im öffentlichen Sektor stark angewachsen.

Auch einigen Einzelgewerkschaften des Energie- und Bergbausektors gelingt die Einflussnahme auf politische und ökonomische Debatten zu Privatisierung, umweltfreundlichen Energien und Energiewende. Diese Einzelgewerkschaften besitzen teilweise sehr gute internationale Beziehungen zum globalen Dachverband IndustriALL.

In Kolumbien haben Gewerkschaften mittlerweile eine starke Rolle in der politischen Landschaft des Landes eingenommen. Ihre aktive Beteiligung an der Umsetzung des Friedensabkommens 2016 und ihre Vertretung von Schlüssel-sektoren wie Bildung und Bergbau haben ihren Einfluss und ihre gesellschaftliche Akzeptanz erhöht. Zudem hat ihre zentrale Rolle bei den landesweiten Streiks 2019 und den anhaltenden sozialen Protesten bis 2020 ihren Einfluss auf politische Entscheidungen sowie die Gestaltung von Sozialstaat, Arbeitsmarkt und -recht unterstrichen.

Trotzdem ist die gesellschaftliche Akzeptanz der Gewerkschaften und ihre Bündnisfähigkeit begrenzt. Die CUT hat Schwierigkeiten, Protestbewegungen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch zu vereinen. Strukturelle Herausforde-

rungen wie Überalterung, mangelnde Verbindung zu anderen sozialen Organisationen, das Fehlen einer eigenen Jugendbewegung und wenig Erfahrung in politischen oder Regierungsverhandlungen haben diese Einschränkungen verursacht. Daher besteht die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Akzeptanz und Bündnisfähigkeit kolumbianischer Gewerkschaften zu verbessern, indem strukturelle Herausforderungen angegangen werden, um die Rolle der Gewerkschaften im sozialen Dialog zu stärken und ihre Fähigkeit zur Bildung breiterer Bündnisse zu erhöhen.

In Kolumbien existieren auch alternative Formen und Vereinigungen zur Vertretung von Arbeitnehmer_inneninteressen, insbesondere in der informellen und Plattformwirtschaft. Seit 2018 wurde ein Runder Tisch, genannt Plataforma Laboral, ins Leben gerufen, an dem verschiedene Gewerkschaftsvertreter_innen, Universitäten, die Gewerkschaftsschule ENS und die ILO teilnehmen. Sie treffen sich regelmäßig, um strategisch wichtige Themen zu diskutieren. Zudem arbeiten die Gewerkschaften eng mit der Bancada Laboral zusammen, einer Gruppe von Kongressabgeordneten, die sich mit Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beschäftigen.

In den Jahren 2020 und 2021 unterstützte die Plataforma Laboral lokale Regierungen in verschiedenen Gemeinden und Departements, in deren territorialen Entwicklungsplänen eine Agenda für menschenwürdige Arbeit festgelegt wurde. Diese umfasst unter anderem Maßnahmen zur Förderung des Übergangs von Informalität zu Formalität, zur Beseitigung illegalen Outsourcings, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und Einkommen, zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz, zur Ausrottung von Kinder- und Zwangsarbeit sowie zur Gestaltung eines Care-Economy-Systems auf lokaler Ebene. Diese Anstrengungen führten zur Entwicklung von acht Regierungsprogrammen zur menschenwürdigen Arbeit im Land.

Arbeitsmarktpolitisch stehen die aktuelle Regierung und die Gewerkschaften vor Herausforderungen, die seit Jahren auf der Agenda sind. Darunter fällt die Formalisierung bzw. der Umgang mit dem informellen Sektor, die Ratifizierung der ILO-Konvention 190 über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt, Arbeit schaffende Arbeitsmarktpolitiken, ein nationales Pflegesystem, geschlechtergerechte Einkommen, die Garantie des sozialen Dialogs und die Förderung von Tarifverhandlungen sowie die Anwendung des Streikrechts.

Einige Gewerkschaftsorganisationen haben den Fokus ihrer politischen Agenda auf Menschenrechte und Mitgliederzuwachs gelegt und versuchen, ihren politischen Einfluss durch internationale Unterstützung zu erhöhen. Trotz politischer Differenzen innerhalb der kolumbianischen Gewerkschaften und ihrer Dachorganisationen, die eine konstruktive Reformpolitik erschweren, ist dieser Fokus angesichts anhaltender Gewalt gegen Gewerkschaftsmitglieder von entscheidender Bedeutung.

Oliver Dalichau, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kolumbien

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Lateinamerika und Karibik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Fabian Lischkowitz, Referent für Brasilien, Uruguay, Gewerkschaften und Handel
fabian.lischkowitz@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.